

VhU-Pressekonferenz

Win-Win-Gemeinschaft aus Kommunalpolitik und Wirtschaft stärken!

Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der Kommunalwahl Hessen 2021

Statements

VhU-Präsident Wolf Matthias Mang
VhU-Hauptgeschäftsführer Dirk Pollert

Donnerstag, 23. Juli 2020

Stand: Donnerstag, 23.07.2020, 10.00 Uhr Zeichen mit Leerzeichen (ZmL): 23.690= 31 Minuten (750 ZmL pro Minute)



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung (Präsident)	3
2	Finanzen (Präsident)	7
3	Arbeit und Soziales (HGF)	11
4	Bildung (HGF)	13
5	Wirtschaftsförderung (Präsident)	15
6	Digitalisierung (Präsident)	18
7	Flächen (HGF)	20
8	Bauen und Wohnen (HGF)	22
9	Verkehr (Präsident)	24
10	Verwaltung (Präsident)	27



Einleitung (Präsident)

13 Anrede,

11

- Am 14. März 2021 finden Kommunalwahlen in Hessen
- statt. Dann werden die Hessen ihre Vertreter in den
- 422 Gemeinden und 21 Landkreisen wählen. Mehr als
- 17 10.000 Mandate sind zu besetzen.
- Wir haben großen Respekt vor diesem überwiegend
- ehrenamtlichen Engagement. Im Namen der hessischen
- 20 Wirtschaft möchte ich herzlich Danke sagen.
- 21 Aber wir sind auch ganz eigennützig: Wir wollen wie
- wir unsere Broschüre überschrieben haben erfolg-
- reich vor Ort sein. Und wir wissen: das geht nur
- 24 gemeinsam.
- 25 Wirtschaft und Kommunalpolitik bedingen sich
- 26 gegenseitig:
- Je erfolgreicher die Unternehmen und ihre
- 28 Beschäftigten wirtschaften, desto mehr Menschen sind
- erwerbstätig, desto höher ist das Steueraufkommen der
- 30 Kommunen und desto stabiler kann das
- 31 **Gemeinwesen** sein.
- Und je wirtschaftsfreundlicher in Kommunalpar-
- 33 lamenten und Rathäusern entschieden wird, desto



- 34 besser können die Unternehmen die großen Her-
- 35 ausforderungen Digitalisierung, Demographie und
- 36 Globalisierung bewältigen, desto mehr investieren die
- Unternehmen in Hessen und desto erfolgreicher können
- 38 sie sein.
- 39 Um diese Win-win-Gemeinschaft zu stärken und
- weiter auszubauen, möchten wir, dass die
- 41 Kommunalpolitiker frühzeitig erfahren, was die
- hessische Wirtschaft von ihnen nach der Wahl erhofft
- 43 und erwartet.
- Dazu haben wir **vor** der Corona-Pandemie eine Position
- zu 14 Themengebieten im Kreis unserer 80
- 46 Mitgliedsverbände erarbeitet.
- Das VhU-Präsidium hat sie am 5. Februar 2020
- beschlossen. Die Broschüre liegt auf Ihren Tischen.
- Noch im Frühjahr haben wir diese Broschüre an mehrere
- tausend Kommunalpolitiker aller im Landtag vertretenen
- Parteien sowie der FWG und vieler
- 52 Wählervereinigungen versandt.
- 53 Eigentlich wollten wir Sie hier in einer Pressekonferenz
- 54 Anfang April informieren Corona hat das verhindert.
- Deshalb erst heute unsere PK.



- 56 Wir können Ihnen aus Zeitgründen nur einige
- 57 ausgewählte Anliegen vorstellen.
- Dort, wo Corona-bedingt Ergänzungen erforderlich sind,
- werden wir sie nennen.
- 60 Wir machen Aussagen, die tendenziell für alle
- 61 Kommunen gelten, aber nicht zwingend für jede
- 62 einzelne.

75

- 63 Es sind Leitlinien, die auf die örtlichen Gegebenheiten
- angepasst werden müssen.
- Und ich möchte betonen, dass wir nur Anliegen
- 66 aufgeschrieben haben, die von Kommunalpolitikern
- entschieden werden können.
- 68 Wir erheben bewusst keine Forderungen an Landes-
- 69 und Bundespolitiker.
- Unser generelles Anliegen lässt sich einfach zusammen
- fassen: Wir möchten, dass die Kommunalpolitiker
- dazu beitragen, dass die privaten Unternehmen in
- 74 Hessen attraktive Rahmenbedingungen vorfinden:
 - damit sie am Heimatstandort investieren,
 - damit sie hier weiter wachsen



- und damit sie weiterhin gut 2,5 Millionen
 Arbeitsplätze bereitstellen und diese ggf. sogar ausbauen.
- Dazu ist selbstverständlich jetzt und in den kommenden
- 81 Monaten vorrangig, dass die Covid-19-Pandemie und
- ihre Folgen bewältigt werden, damit die Kommunen
- handlungsfähig bleiben bzw. dort, wo es hakt, etwa weil
- 84 Beschäftigte zu ausschließlich im Home-Office sind,
- 85 wieder werden.

78

- Bie Corona-Krise hat vieles gezeigt, was gut läuft und
- anderes, was zu verbessern ist.
- 88 Generell finden wir, dass bisher unser Föderalismus und
- 89 der subsidiäre und dezentrale Aufbau unseres
- 90 Gemeinwesens den Anforderungen während der
- 91 Pandemie gerecht geworden sind.
- 92 Dazu zählen auch die Dienstleistungen der Kommunen
- 93 etwa im Bereich Soziales und Gesundheit.
- Natürlich sind auch Defizite zu Tage getreten. Denken
- wir an die IT-Unterausstattung der Gesundheitsämter mit
- 96 modernen Kommunikationsmitteln. Aber im Großen und
- 97 Ganzen haben die Ämter die Krise ordentlich gemeistert.



Finanzen (Präsident)

98

101

102

103

104

105

106

- Beginnen wir mit der Finanzpolitik. Unsere zentralen
 Anliegen für die Zeit nach der Corona-Krise lauten:
 - 1. Die Kommunalhaushalte müssen weiter konsolidiert werden, um durch Priorisierungen die öffentlichen Investitionen zu erhöhen.
 - Die Last an Steuern, Abgaben und Gebühren muss gedeckelt und gesenkt werden, damit Bürger und Betriebe mehr Geld für private Investitionen haben.
- Solide Haushalte ohne neue Schulden sind eine von mehreren Pfeilern einer prosperierenden Gemeinde – und auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit.
- Keine Kommune kann alles finanzieren, was wünschenswert ist im Gegenteil:
- Aufgaben, Programme und Projekte müssen vielerorts auf den Prüfstand.
- Wir Unternehmer wissen, dass ein Gemeinwesen weit
- mehr ist als die Wirtschaft. Auch wir finden
- Schwimmbäder, Büchereien, Museen, Sozial- und
- Jugendarbeit wichtig. Übrigens unter anderem auch
- deshalb, weil sie für die Standortattraktivität und für die
- Sicherung des Fachkräftenachwuchses relevant sind.



- Die Kommunalfinanzen müssen solide sein, damit
- Ausgaben für solche Aufgaben weiter möglich bleiben.
- 123 Insgesamt plädieren wir für eine Priorisierung der
- 124 Aufgaben, die den lokalen Wirtschaftsstandort
- 125 stärken.
- 126 Eine Kommune profitiert davon, weil Jobs und
- 127 Einkommen der Bürger sowie das Steueraufkommen
- besser gesichert werden.
- 129 Was ist zu tun?

131

132

133

134

- Die Kommunen müssen ihr Sachvermögen besser erhalten. Dafür müssen sie mehr investieren. Und zwar mindestens so viel wie das Sachvermögen durch Abnutzung an Wert verliert.
- Und die öffentliche Infrastruktur muss modernisiert und ausgeweitet werden.
- Deshalb lautet unsere erste kommunalpolitische
- Forderung für die Zeit nach der Bewältigung der
- Pandemie, die öffentlichen Investitionen schrittweise
- zu erhöhen und dann zu verstetigen.
- Das Wachstum der kommunalen Nettoinvestitionen
- muss höher sein als das Wachstum der übrigen
- Ausgaben, insbesondere der freiwilligen Leistungen und
- der Personalausgaben. Eine sozialverträgliche



- Reduzierung der Beschäftigtenzahl in ausgewählten
- 145 Bereichen darf kein Tabu sein.
- Unser zweites Anliegen in der Finanzpolitik betrifft die
- privaten Investitionen.
- Wir wollen, dass es mehr private Investitionen gibt.
- Damit Betriebe mehr Anreize haben, am Heimatstandort
- zu investieren, sollten die Kommunen ein
- 151 Belastungsmoratorium für die Betriebe beschließen.
- Das gilt nicht nur nach der Corona-Krise, sondern ganz
- besonders jetzt in der Krise.
- 154 Hebesätze von Gewerbesteuer und Grundsteuer
- dürfen jetzt nicht steigen, sondern sollten mittel- und
- 156 langfristig möglichst sinken.
- Die Kommunen sollten darauf setzen, das Aufkommen
- an Gewerbesteuer dadurch zu steigern, dass die
- Unternehmen prosperieren und die Kommunen an
- steigenden Gewinnen partizipieren, und nicht durch
- 161 Hochschrauben der Hebesätze.
- Bei der Grundsteuer muss sichergestellt werden, dass
- im Zuge der Reform das örtliche Aufkommen aus der
- 164 Grundsteuer real nicht ansteigt.



- 165 Eine Bettensteuer oder Tourismusabgabe zu Lasten der
- 166 Hotellerie und Gastronomie ist ebenso abzulehnen wie
- die Einführung einer Zweitwohnungsteuer.
- 168 Und schließlich sollten die Kommunalpolitiker die
- Haushalte so gestalten, dass Straßenausbaubeiträge
- nicht mehr erhoben werden müssen.



Arbeit und Soziales (HGF)

- Landkreise und kreisfreie Städte wirken durch die
- Jobcenter bei der Unterstützung von Arbeitslosengeld-II-
- Beziehern und Vermittlung in Arbeit entscheidend mit.
- Dies bleibt richtig und wichtig, muss aber optimiert
- werden. Der dauerhafte Leistungsbezug ohne Arbeit darf
- 177 für niemanden ein normales Lebensmodell sein.
- Damit Kinder in Hessen möglichst nicht in einem solchen
- Umfeld aufwachsen, sollten die Jobcenter priorisiert
- immer mindestens einen Erwachsenen aus Familien
- mit Kindern entweder in Arbeit oder notfalls in eine
- 182 Maßnahme vermitteln.
- Wo immer es geht, sollten Jobcenter und
- 184 Arbeitsagentur räumlich zusammenziehen sowie
- ihre Fördermaßnahmen abstimmen, gemeinsame
- Jugendberufsagenturen und einen gemeinsamen
- 187 Arbeitgeber-Service einrichten.
- Landkreise und kreisfreie Städte sollten mit den
- 189 Gesundheitsakteuren der Region, d. h. über die
- 190 Kreisgrenzen hinaus, Kooperationsmöglichkeiten
- ausloten. Leitlinie ist nicht eine Rundum-Versorgung vor
- Ort um jeden Preis, sondern eine hohe
- 193 Behandlungsqualität in zumutbarer Entfernung.



- ¹⁹⁴ Übrigens: Der Unterhaltsvorschuss der hessischen
- Jugendämter für minderjährige Kinder hat sich seit 2017
- auf über 120 Millionen Euro mehr als verdoppelt.
- Die Kosten für den Unterhaltsvorschuss tragen der
- 198 Bund, Land und Kommunen.
- 199 Der Rückgriff der Jugendämter beim
- 200 Unterhaltsverpflichteten ist aber selten erfolgreich und
- scheitert in über der Hälfte der Fälle an zu geringem
- 202 Einkommen unter anderem, weil ein bisher
- 203 unbekannter Teil der Unterhaltsverpflichteten selbst
- 204 Arbeitslosengeld II bezieht.

- 205 Auch deshalb müssen Jugendämter und Jobcenter
- 206 kooperieren. Unterhaltspflichtige Arbeitslosengeld-II-
- 207 Empfänger müssen verstärkt in Arbeit vermittelt werden.



Bildung (HGF)

- 210 In der Bildungspolitik sind die Kommunen
- insbesondere als Sachaufwandsträger entscheidend.
- Die Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, wie
- wichtig diese Rolle und Aufgabe ist, hat die Krise doch
- gezeigt, dass die digitale Ausstattung der Schulen sehr
- 215 heterogen ist und digitaler Unterricht nur dort stattfinden
- kann, wo es die entsprechende Hardware gibt und
- natürlich Lehrkräfte, die sie didaktisch einsetzen können.
- Hoffen wir, dass der Digitalpakt Schule angesichts der
- 219 Erfahrungen aus der Pandemie einen Schub bekommt.
- 220 Die Kommunen müssen über den Digitalpakt hinaus –
- nach der Krise mehr in die schulische Infrastruktur
- investieren, zum Beispiel beim Ganztagsschulangebot
- oder bei der technischen Ausstattung der Schulen,
- insbesondere der Berufsschulen.
- 225 In diesen Themenfeldern, wie auch beim Übergang
- zwischen Schule und Beruf, sehen wir bei den
- 227 Kommunen durchaus Handlungsspielraum.
- Hier ist noch Luft nach oben, auch wenn uns klar ist,
- dass das häufig keine alleinige Frage der
- 230 Kommunalpolitik ist. Beim Ganztagsschulangebot ist aus
- unserer Sicht eine enge Zusammenarbeit der
- Schulträger zweckmäßig, um zum Beispiel den



konkreten Ausbaubedarf festzustellen. 233 234 Bei der technischen Ausstattung der Schulen sollten 235 kommunale Träger etwa die Wartung und Betreuung 236 durch IT-Dienstleister gewährleisten, im Idealfall 237 unmittelbar an den Schulen selbst. 238 Darüberhinaus: Die Landesregierung plant ein 239 Standortkonzept für berufliche Schulen. Hier ist uns an 240 die Kommunen die klare Botschaft wichtig: Standorte 241

müssen auch aus Sicht der Wirtschaft erhalten bleiben.

242

243



Wirtschaftsförderung (Präsident)

- 246 Kommen wir zum Themengebiet Wirtschaftsförderung.
- Wir wollen, dass die Kommunen "fit bleiben" für den
- überregionalen und internationalen Standortwettbewerb.
- Kommunale Wirtschaftsfördereinrichtungen müssen regelmäßig einen Fitnesstest durchlaufen:
- Es sollte geprüft werden, wie die Leistungsfähigkeit der
- lokalen Wirtschaftsfördereinrichtungen verbessert
- werden kann etwa durch Kooperationen mit anderen
- 254 Gemeinden.

- 255 Ein Daueranliegen von uns ist der Bürokratieabbau.
- 256 Die meisten Unternehmen haben weniger als 10 oder
- 257 20 Beschäftigte. Ihre Inhaber "packen selbst mit an".
- 258 Sie sind in Büros, Fabrikationsräumen und
- Werkstätten unterwegs. Sie haben weder Zeit noch
- den Kopf, immer mehr Papierkram nach 20 Uhr zu
- 261 erledigen.
- ²⁶² In öffentlichen Vergaben müssen regionale
- 263 Unternehmen aus der Privatwirtschaft eine faire Chance
- haben. Verwaltungen dürfen Aufgaben nicht in
- kommunale Töchter verlagern, um die Pflicht zur
- 266 Ausschreibung zu umgehen.



- Die Attraktivität der Innenstädte wollen wir erhalten,
- 269 auch um wettbewerbsfähig zum Online-Handel zu
- 270 bleiben. Handel, Hotellerie und Gastronomie
- 271 brauchen attraktive und sichere Ortskerne und
- 272 Stadtteilzentren, die gut erreichbar sind. Auch für
- 273 Warentransporte. Auch nachts. Nötig sind moderne
- 274 City-Logistik-Konzepte.
- Last but not least: Eine sichere Stromversorgung
- 276 muss das Anliegen aller Kommunalpolitiker sein.
- 277 Genauso, wie fast niemand von uns sich eine Pandemie
- vorstellen konnte, kann und will sich niemand einen
- 279 anhaltenden Blackout vorstellen.
- Die Politik und die Energieversorgungsunternehmen
- dürfen niemals riskieren, dass es einen
- ²⁸² flächendeckenden mehrtägigen Blackout gibt.
- 283 Angesichts der zunehmenden Digitalisierung z.B. in der
- Produktion führen Spannungsschwankungen oder gar
- temporäre Stromausfälle zu fatalen Auswirkungen auf
- 286 die Lieferketten.
- 287 Auch die Kommunen und die von ihnen geführten
- 288 Stadtwerke haben hier eine hohe Mitverantwortung.



Sie sollten zum Beispiel den Ausbau lokaler und regionaler Verteilnetze sowie der Übertragungsnetze unterstützen und nicht politisch blockieren.



Digitalisierung (Präsident)

- 293 Kommen wir zu dem Zukunftsthema überhaupt, der
- 294 Digitalisierung.

- ²⁹⁵ Zunächst die erfreuliche Feststellung aus der Zeit der
- ²⁹⁶ Corona-Krise: Die Kommunikations- und Datennetze in
- Deutschland sind besser als gedacht. Sie haben in der
- 298 Krise gut funktioniert.
- Gleichwohl gilt für den hoffentlich in 2021 kommenden
- 300 Aufschwung: Wir brauchen überall Gigabit-Netze für
- Industrie, Handwerk und weitere Dienstleistungen.
- 302 Kommunalpolitiker sollten das öffentliche Bewusstsein
- 303 schärfen, dass der Breitbandausbau für gewerbliche
- und industrielle Anwendungen existentiell ist.
- Aber bis die Baugenehmigung für einen Mobilfunkmast
- erteilt wird und evtl. ein Funkloch geschlossen wird,
- dauert es manchmal viele Monate. Das ist zu lange.
- Planung, Genehmigung und Bau der Anlagen und Netze
- müssen beschleunigt werden.
- Die kommunalen Parlamentarier müssen sich dafür
- einsetzen, dass in ihren Ämtern Antrags- und
- 312 Genehmigungsprozesse für Wegerechte, Standorte
- und Baustellen schneller laufen.



- Das alles darf nicht durch Personalmangel auf Ämtern
- 315 gebremst werden. Die kommunalen Parlamente sollten
- in den Etats genügend Planstellen und Geld vorsehen.
- 317 Gewerbegebiete müssen prioritär an das
- 318 Glasfasernetz angeschlossen werden. Der
- privatwirtschaftliche Ausbau hat Vorrang vor geförderten
- 320 Projekten.
- Und: Ein Top-Thema ist der Aufbau von E-
- 322 Government!
- 323 Betriebe und Bürger wünschen die Möglichkeit,
- weitestgehend alle Services von Verwaltungen online
- und mit mobilen Endgeräten nutzen zu können.
- Den Betrieben sollten möglichst alle Daten und Fakten
- der örtlichen Verwaltungen, die für unternehmerische
- Entscheidungen nötig sind, online angeboten werden.
- Dazu zählt beispielsweise die Verfügbarkeit von
- Fachkräften oder Gewerbeflächen in der Region.



Flächen (HGF)

- Ein Kernthema kommunaler Selbstverwaltung ist die
- 333 Flächennutzung.
- Dabei sind konkurrierende Ansprüche für wirtschaftliche
- und nichtwirtschaftliche Nutzungen abzuwägen.
- Wichtige Kriterien bei diesen Abwägungen sollten die
- Wertschöpfung und die Anzahl an Arbeitsplätzen sein
- oder die Anzahl an Wohnungen.
- Klar ist: In Ballungsräumen müssen Städte und
- 340 Gemeinden viel mehr neue Flächen für Industrie,
- 341 Gewerbe und Wohnen bereitstellen, denn hier
- wachsen Wirtschaft und Bevölkerung stark.
- Die neuen Flächen müssen gut in die Verkehrs- und
- Telekommunikationsinfrastruktur eingebunden sein.
- Mehr Flächen für Industrie und Gewerbe sind nötig, um
- mehr wohnortnahe Arbeitsplätze zu schaffen.
- Wir sprechen übrigens bewusst von "Flächennutzung"
- und nicht von "Flächenverbrauch".
- Denn die Fläche verschwindet ja nicht, und Nutzungen
- 350 können sich ändern.
- 351 Selbstverständlich braucht jedes Gemeinwesen und
- jeder Wirtschaftsstandort eine intakte Umwelt. Sie ist ein



- Wert an sich und erleichtert auch die
- Fachkräftegewinnung. Die Kommunen müssen Umwelt-
- und Naturschutz mit Augenmaß betreiben und
- 356 gegenüber Betrieben einen kooperativen Ansatz
- wählen.
- 358 Sie sollten beispielsweise den Bestand und die
- 359 Ausweitung von Rohstoffgewinnungsflächen
- unterstützen. Ohne die örtlichen Kies- und
- 361 Sandgruben, ohne die Steinbrüche wird der Bauboom
- 362 für Wohnungen und für Verkehrswege nicht oder nur
- 363 sehr viel teuerer zu bewältigen sein.
- 364 Ebenso wichtig ist, dass in Hessen genügend
- 365 Kapazitäten zur Entsorgung vorhanden sind. Hier
- 366 sollten die Kommunen überregionale Verantwortung
- zeigen. Denn irgendwo müssen letzte Abfälle deponiert
- 368 werden.



Bauen und Wohnen (HGF)

- Und nun zu einem weiteren kommunalen Top-Thema,
- nämlich der Krise am Wohnungsmarkt in
- 372 Ballungsräumen.

- Mieten und vor allem Immobilienpreise steigen hier
- rasant. Das erschwert die Fachkräftegewinnung der
- 375 Unternehmen.
- Der wichtigste Schlüssel zur Dämpfung der steigenden
- Preise lautet: Das Angebot an neuen Wohnungen muss
- steigen. Aber damit überhaupt gebaut werden kann,
- müssen die Kommunen in den Ballungsräumen weit
- mehr neue Bauflächen ausweisen und erschließen als
- 381 bisher.
- Die Kommunen können nichts für den Nachfrageanstieg.
- Der hat viele Ursachen, u.a. die Negativzinspolitik der
- EZB, die Aufnahme von rund zwei Millionen Flüchtlingen
- oder den gesellschaftlichen Trend rein in die Städte und
- hin zu immer mehr Wohnraumanspruch pro Person.
- Und Kommunalpolitiker, die für neue Bauflächen
- eintreten, bekommen Gegenwind durch
- 389 Bürgerinitiativen.
- 390 Aber wir meinen, dass Parteien und Mandatsträger
- 391 kraftvoller und besser in der Bevölkerung für die



- Vorteile des Wachstums ihrer Orte werben müssen als bisher.
- Besonders kleineren Gemeinden bietet Wachstum auch große Chancen:
- Mehr Bewohner sorgen für wirtschaftliche
 Attraktivität.

399

400

401

- Orte werden interessanter für Einzelhandel, Gastronomie, Ärzte und Betriebe.
- Vorhandene Strukturen k\u00f6nnen besser erhalten und ausgebaut werden.
- Wenn eine Kommune neue Wohngebiete entwickelt, müssen private Investoren faire Zugangschancen zu den Grundstücken und Projekten haben.



Verkehr (Präsident)

406

411

414

415

416

- Was wünschen wir uns in der Verkehrspolitik?
- 1. **Mehr Investitionen** in Straßen, Brücken, Schienen und Bahnhöfe: nicht nur für Erhalt, sondern auch für Ausbau und Neubau.
- 2. **Raus aus den Staus** im Personenverkehr und bei Warentransporten.
 - 3. **Mehr individuelle Mobilität** mit Auto, Lkw oder Rad, mit Bussen und Bahnen.
- 4. **Mehr** Beachtung der Belange des **Güterverkehrs** auch in Städten.
- Unsere Unternehmen haben ein großes Interesse daran,
- dass ihre Beschäftigten gut zur Arbeit kommen. Der
- Personenverkehr ist auch relevant für die
- 423 Fachkräftesicherung.
- Dabei ist klar: Der Pkw dürfte auf lange Sicht die Nr. 1
- im Personenverkehr bleiben. Unklar ist, welche
- Techniken sich durchsetzen, um Abgase, Lärm und
- Ressourcenverbrauch zu reduzieren.
- 428 Kommunalpolitiker sollten diese Megatrends akzeptieren
- und grundsätzlich technologieoffen bleiben.



- 430 Flächen dürfen nicht einseitig für E-Mobilität
- reserviert werden. Die Kommunen dürfen die
- Infrastrukturen für flüssige und gasförmige Kraft-
- und Brennstoffe von Tankstellen bis zum Gasnetz
- nicht in Frage stellen.
- 435 Manche kommunalen Brücken sind so marode, dass
- Verkehrsbeschränkungen drohen. Wo nötig, sind
- mehrjährige Brückenbauprogramme zu beschließen.
- Viele Wirtschaftsverkehre mit Lkw oder Pkw führen
- durch Orte, weil es zu wenige Ortsumfahrungen gibt.
- 440 Kommunalpolitiker sollten Bund und Land weiter
- drängen, mehr Ortsumgehungen zu planen und zu
- bauen. Sie sollen diese keineswegs bekämpfen, wie z.B.
- die benötigte Nord-Ost-Umgehung für Darmstadt.
- Unstrittig ist, in Ballungsräumen brauchen wir neben
- dem Verkehrsträger Auto viel mehr öffentlichen
- Personennahverkehr! Sonst endet der Dauerstau auf
- den Straßen morgens und abends nie.
- Wir brauchen mindestens doppelt so viel ÖPNV wie
- bisher. Eher mehr. Es kann doch nicht sein, dass
- tausende Pendler täglich in überfüllten Bussen und
- 451 Bahnen stehen müssen.
- Für den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn ist doch
- oft gar kein Platz. Deshalb:



- Die Regionaltangente West muss rasch gebaut werden, perspektivisch dann als Ring um Frankfurt.
- S-Bahn-Linien müssen weit in das Umland der Ballungsräume verlängert werden. Zum Beispiel ist die geplante Verlängerung der Linie S5 von Friedrichsdorf bis nach Usingen ein Positivbeispiel.
- Damit mehr Bürger auf den ÖPNV umsteigen, müssen
- die Angebote bei Bussen und Bahnen nicht verbilligt,
- sondern drastisch ausgeweitet und verbessert
- 463 werden.

455

456

457

458

- Es geht um mehr und bessere, nicht um billigere
- 465 Angebote!
- Wir brauchen z. B. längere Bahnsteige, damit die Züge
- länger sein können.
- Die Kosten für mehr ÖPNV-Angebote können und
- brauchen nicht allein von der öffentlichen Hand finanziert
- werden, sondern sind auch von den Nutzern zu tragen.
- Um den Verkehrsfluss zu verbessern, sollten die
- Stadtplaner die Belange des Güterverkehrs in
- Planungen von Neubaugebieten stärker beachten.
- Zudem sollten Kommunen mehr Ladezonen für
- Transportfahrzeuge ausweisen und
- Handwerkerparkausweise einführen.



478

Verwaltung (Präsident)

- ⁴⁷⁹ Zum Schluss einige Anliegen zur Organisation der
- 480 Kommunen.
- Die kommunalen Verwaltungen erbringen in aller Regel
- Dienstleistungen auf hohem Niveau. Das
- 483 Management der Corona-Krise ist bisher ein
- Positivbeispiel, finde ich.
- Die kommunalen Entscheider müssen stetig versuchen,
- Organisationsstrukturen, Verwaltungsabläufe und die
- Qualität der Dienstleistungen zu optimieren.
- 488 Beispielsweise sollte Englisch eine ergänzende
- Servicesprache sein zumindest in größeren Städten.
- 490 Ausländische Unternehmer, Beschäftigte und
- Wissenschaftler sollten bei Behördenkontakten auf
- 492 Englisch kommunizieren können.
- Beispiel 2: Bisher ist es kompliziert, Fachkräfte aus dem
- 494 Ausland zu gewinnen. Um ihren Zuzug zu erleichtern,
- sollte die Zuständigkeit aus den bisher
- 496 33 Ausländerbehörden bei Landkreisen und Städten in
- je eine neue Fachkräfteeinwanderungsbehörde pro
- ⁴⁹⁸ Regierungsbezirk übertragen werden.



- Dies kann auch durch Konzentration der Aufgabe bei bestehenden kommunalen Ausländerbehörden erfolgen.
- Die Verwaltungsspitzen sollten es als Daueraufgabe ansehen, die Effizienz ihrer Behörden zu steigern und Bürokratie abzubauen, z. B. durch
 - Moderne Managementmethoden,
 - Digitalisierung,

505

506

518

519

520

521

- Leistungsanreize für Mitarbeiter.
- Dazu gehört die Frage, wer welche Aufgaben am besten erledigen kann:
- Zum einen ist eine formelle Privatisierung zu prüfen: 509 Welche Aufgaben können aus Verwaltungen und 510 Eigenbetrieben mit öffentlich-rechtlicher Gestaltung 511 in privatrechtlich organisierte Unternehmen 512 übertragen werden, die aber weiter im Eigentum der 513 öffentlichen Hand bleiben, um etwa die Vorteile 514 privatrechtlicher Arbeitsverträge zu nutzen? 515 Wir denken da z. B. an das Immobilienmanagement 516 der Landkreise oder Städte. 517
 - Zum anderen muss unvoreingenommen auch eine materielle Privatisierung geprüft werden, wenn es um nicht-hoheitliche Aufgaben geht: Welche Aufgaben können private Unternehmen bei

524

525

526

527

528

529

530

531

532

533

534

535

536

537

538

539

540

541



- gleicher Qualität günstiger erbringen als öffentliche Unternehmen?
 Möglichkeiten bieten kleinere Bereiche wie IT,
 Reinigung oder Hausmeisterdienste in Ämtern, aber auch größere Aufgaben wie Buslinienverkehre.
- Wo öffentliche Unternehmen in Konkurrenz zu Privaten stehen, dürfen Verwaltungen weder die Privaten benachteiligen noch die kommunalen Unternehmen privilegieren. Jenseits hoheitlicher Aufgaben gilt der Grundsatz "Privat vor Staat".
 - Zudem sollten die Kommunalparlamente mehr interkommunale Kooperationen wagen. Die Steuerzahler profitieren, wenn bessere Dienste erbracht werden und wenn Kosten sinken.
 So bieten interkommunale Gewerbe- oder Wohngebiete die Chance, Flächen optimal zu nutzen.
- Und schließlich sprechen wir auch ein Thema an, welches leider zu oft ein Tabu ist:
 - Viele Gemeinden sind zu klein.
- Damit die Selbständigkeit von Gemeinden und ihr Verwaltungsapparat gerechtfertigt werden können,



- müssen sie eine Mindestgröße haben, die nur in
- Ausnahmen unter 5.000 Einwohnern liegen sollte.
- Derzeit gibt es über 100 Gemeinden in Hessen, deren
- 550 Einwohnerzahl geringer ist.
- 551 Aus Sicht von uns Steuerzahlern sollten vielerorts
- 552 Fusionen bzw. Eingliederungen in größere Orte geprüft
- werden und dann auch erfolgen.
- Das Ziel ist, die Leistungsfähigkeit im Rathaus durch
- 555 Synergieeffekte zu erhöhen, um Bürgern und Betrieben
- besseren Service zu bieten und die Steuerlast zu
- 557 senken.
- Die erfolgreiche Fusion der Stadt Beerfelden mit drei
- kleineren Gemeinden zur neuen Stadt Oberzent ab 2018
- war eine Ausnahme, die anderen als Vorbild dienen
- 561 kann.

563 Danke für Ihre Aufmerksamkeit!